



Rathaus Umschau

Freitag, 3. Februar 2012

Ausgabe 024

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	3
› NS-Dokumentationszentrum: Auch Kuratorium stimmt Ausstellungskonzept zu	3
› Tourismusamt feiert 50 Jahre Gästeführerausbildung – Ehrung für Teilnehmerinnen der ersten Kurse	3
› Der AWM bittet um Mithilfe: Umweltschäden durch fachgerechte Müllentsorgung vermeiden	5
› Fit durch den Winter mit dem Radl-Sicherheitscheck	6
› Vortrag „Identität als Vater Morgana“ – Die Entwicklung der Kunstszene in Zimbabwe	6
› Führung durch die Ausstellung „Typisch München!“	7
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 30. Januar bis 2. Februar	7
Referat für Stadtplanung und Bauordnung in eigener Sache	9
› Ausbesserungswerk Neuaubing	9
Antworten auf Stadtratsanfragen	10
› Großer CO ₂ -Ausstoß auf dem Weg nach Unterföhring?	10
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	18

Terminhinweise

Wiederholung

Montag, 6. Februar, 12 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal

Stadträtin Birgit Volk (SPD) begrüßt in Vertretung des Oberbürgermeisters eine Schüler- und Lehrergruppe aus Frankreich und führt sie durch das Rathaus.

Wiederholung

Montag, 6. Februar, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses

Bürgermeisterin Christine Strobl spricht anlässlich des Jahresempfangs für Migrantinnen und Migranten. Bei diesem Empfang findet auch die Verleihung des Förderpreises „Münchner Lichtblicke“ 2011 statt. Mit dem Preis werden Initiativen, Projekte und Einzelpersonen ausgezeichnet, die sich Fremdenfeindlichkeit entgegen stellen und sich in vorbildlicher Weise für ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Migranten in München einsetzen.

Dienstag, 7. Februar, 10 Uhr, Rathaus, Zimmer 203

Bürgermeister Hep Monatzeder empfängt Camila Vallejo Dowling, Studentensprecherin in Chile, Karol Aida Cariola Oliva, bis letztes Jahr Studentensprecherin in Concepción/Chile, und Jorge Andres Murúa Saavedra, Bundesvorstandsmitglied der chilenischen Gewerkschaft CUT Bausektor, zu einem Gespräch in den Amtsräumen. Nach dem Gespräch stehen die Gäste für Interviews und Presseanfragen zur Verfügung.

Dienstag, 7. Februar, 14.30 Uhr, Circus Krone, Marsstraße

Circus Krone schenkt Münchner Heimkindern eine Sondervorstellung und hat dafür 3.000 Karten kostenlos zur Verfügung gestellt. Jugendamtsleiterin Dr. Maria Kurz-Adam begrüßt die Kinder und ihre Begleitpersonen. Bei den teilnehmenden Kindern und Jugendlichen handelt es sich überwiegend um sozial benachteiligte Münchner Kinder und Jugendliche, die stationär oder teilstationär in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in München und Umgebung untergebracht sind. Sie leben zum Beispiel in Kinder- und Jugendheimen oder in betreuten Wohngruppen oder sie sind in Heilpädagogischen Tagesstätten. Die Kinder und Jugendlichen freuen sich seit Wochen riesig auf den Zirkusbesuch. Circus Krone beweist damit ein weiteres Mal sein großes soziales Engagement in München. Seit mittlerweile über 40 Jahren schenkt Circus Krone bedürftigen Münchner Kindern und Seniorinnen und Senioren Sondervorstellungen.

Bürgerangelegenheiten

Freitag, 10. Februar, 14 bis 15.30 Uhr,

BA-Geschäftsstelle Mitte, Tal 13 (nicht barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt - Lehel) mit dem Vorsitzenden Wolfgang Püschel.

Meldungen

(teilweise voraus)

NS-Dokumentationszentrum:

Auch Kuratorium stimmt Ausstellungskonzept zu

(3.2.2012) Das Kuratorium für das NS-Dokumentationszentrum München hat sich gestern mit dem Ausstellungskonzept der Professoren Hans Günter Hockerts, Marita Krauss, Peter Longerich und Winfried Nerdinger befasst und dem vorgestellten Konzept ebenfalls einhellig zugestimmt. In der zweieinhalbstündigen Sitzung hatte sich das Kuratorium intensiv mit dem Ausstellungskonzept beschäftigt, es für ausgezeichnet erachtet und angekündigt, den Prozess weiterhin intensiv zu begleiten. Das Kuratorium empfiehlt dem Stadtrat zu beschließen, dieses Konzept als Grundlage für das zu entwickelnde Ausstellungsdrehbuch aufzugreifen. Die Öffentlichkeit wird über das Konzept nach der Befassung im Kulturausschuss informiert.

Tourismusamt feiert 50 Jahre Gästeführerausbildung – Ehrung für Teilnehmerinnen der ersten Kurse

(3.2.2012) Das Tourismusamt kann ein besonderes Jubiläum begehen: 50 Jahre Gästeführerausbildung und -vermittlung. Dieses Thema steht im Zentrum des diesjährigen Jahrestreffens der offiziellen Münchner Gästeführerinnen und Gästeführer am 3. Februar im Schloss Nymphenburg. 1962 wurden auf Initiative des damaligen Fremdenverkehrsdirektors Otto Hiebl die ersten beiden Kurse für „Fremdenführer“ organisiert. In diesem halben Jahrhundert wurden 633 Teilnehmer in 29 Ausbildungskursen qualifiziert und mehr als 148.000 Führungen vom Tourismusamt vermittelt. Um die Qualität bei den Gästeführungen zu sichern, baute das Tourismusamt sein Ausbildungsangebot kontinuierlich aus. Heute sind 220 hoch qualifizierte Spezialisten im Einsatz, die München in 30 Sprachen präsentieren, darunter auch in der Gebärdensprache.



Zwei Absolventinnen des Gründungsjahrgangs sind auch heute noch aktiv und werden im Rahmen der Jubiläumsfeier von Tourismusdirektorin Dr. Gabriele Weishäupl geehrt. „Die Spreu vom Weizen trennen“ war das Ziel des Fremdenverkehrsamts Anfang der 60er Jahre. Bis dahin gab es eine sehr gemischte, unorganisierte Gruppe von Personen, die mit unterschiedlichem beruflichen Hintergrund als Fremdenführer tätig waren. Bis heute ist das Berufsbild der Gästeführer nicht geschützt.

Mit den ersten Kursen in den 60er Jahren wurde erstmals eine qualifizierte Ausbildung in diesem Bereich gewährleistet und ein verlässlich hochwertiges Angebot an die Besucher der Landeshauptstadt München etabliert.

Deutlich ausgeweitet wurde das Kursangebot der Landeshauptstadt in der Vorbereitung für die Olympischen Spiele 1972 in München. Alle 42 städtischen Olympia-Hostessen und zusätzliche Fremdenführerinnen und Fremdenführer wurden vom Fremdenverkehrsamt ausgebildet. Mindestens zwei Sprachen mussten die Kursteilnehmer ab diesem Zeitpunkt beherrschen. Die Dauer der Kurse wurde von anfangs drei Wochen auf vier Monate ausgedehnt und die Kursinhalte deutlich erweitert.

Ende der 1980er Jahre benannte Tourismusdirektorin Dr. Gabriele Weishäupl die „Botschafter unserer Stadt“ von Fremden- in Gästeführerinnen und Gästeführer um und sandte 1999 die ersten „Geprüften Taxi-Guides der Landeshauptstadt München“ aus. Im Jahr 2000 nahm das Tourismusamt auch Gästeführungen in Gebärdensprache in sein Programm auf, damals eine Weltpremiere. Seit 2009 bildet das Tourismusamt nach den europäischen DIN EN Richtlinien des Bundesverbands der Gästeführer Deutschlands aus und organisiert in enger Kooperation mit dem Münchner Gästeführer Verein (MGV) regelmäßig Fortbildungen für die Münchner Gästeführerinnen und Gästeführer. Der nächste Ausbildungskurs findet 2013 statt.

Heute werden die Landeshauptstadt, ihre Geschichte und ihre besonders sehenswerten Orte in klassischen Rundgängen und Rundfahrten und in mehr als 20 Sonderführungen vorgestellt. Längst haben nicht nur Touristen und „Zuagroaste“ sondern auch Münchner Bürgerinnen und Bürger das vielfältige Themenangebot der offiziellen Münchner Gästeführerinnen und Gästeführer für sich entdeckt und lassen sich ihre Stadt immer wieder unter neuen Blickwinkeln zeigen.

Gästeführungen für Gruppen sind buchbar beim Tourismusamt München in deutscher Sprache ab 109 Euro, in (30) anderen Sprachen ab 115 Euro, unter gf.tam@muenchen.de, Telefon 2 33-3 02 34, -3 02 04. Weitere Informationen unter www.muenchen-tourist.de

Der AWM bittet um Mithilfe: Umweltschäden durch fachgerechte Müllentsorgung vermeiden

(3.2.2012) Ab heute verteilt der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) an seine Kundinnen und Kunden Informationszettel zur informellen Abfallsammlung am Wertstoffhof Mauerseglerstraße in Trudering. Seit langem werden hier die Anlieferer von Elektroaltgeräten und Sperrmüll vor dem Wertstoffhof angesprochen und darum gebeten, die angelieferten Wertstoffe nicht zum Wertstoffhof zu bringen, sondern vor den Toren des Hofes zu übergeben. Häufig handelt es sich dabei nicht um Menschen mit geringen Einkommen, die die Ware zur Bestreitung des Lebensunterhaltes benötigen, sondern um professionelle Händler, die vorwiegend Elektro- und Elektronikgeräte sammeln und illegal in das osteuropäische Ausland transportieren und dort verkaufen.

Der AWM gibt Elektro-Altgeräte an Vertragsfirmen weiter, die daraus Altmetalle und Sekundärrohstoffe gewinnen. Kühlschränke und Gefriertruhen werden an Spezialfirmen weitergeleitet, die die Kühlmittel (FCKW oder FKW) fachgerecht entsorgen. Besonders bei Kühlgeräten können die Umweltschäden, die durch die unsachgemäße Behandlung der Geräte entstehen, gravierend sein. Werden die Geräte unsachgemäß zerlegt, um an enthaltene Rohstoffe wie etwa das Edelmetall Kupfer zu gelangen, weichen die Kühlmittel unkontrolliert in die Atmosphäre und schädigen die Ozonschicht. Darüber hinaus ist der Export und Weiterverkauf von FCKW-haltigen Kühlgeräten innerhalb der Europäischen Union illegal.

„Nur durch fachgerechte Entsorgung von Abfällen können wir unsere Ressourcen schonen und Umweltverschmutzung vermeiden“, so Helmut Schmidt, Zweiter Werkleiter des Abfallwirtschaftsbetriebes München.

„Als kommunaler Betrieb, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist, spielen bei uns soziale Aspekte schon immer eine wichtige Rolle. Beim Recycling von Elektronikschrott arbeiten wir mit sozialen Projekten zusammen. Dort werden für Menschen mit Behinderungen oder für Langzeitarbeitslose Arbeitsplätze geschaffen.“

Darüber hinaus betreibt der AWM seit langem das Gebrauchtwarenkaufhaus „Halle 2“ in der Sachsenstraße 29 in Thalkirchen. Es bietet für Personen mit niedrigem Einkommen eine günstige Einkaufsmöglichkeit, da hier gut erhaltene und verwendungsfähige Dinge, die an den Wertstoffhöfen angeliefert wurden, zu geringem Preis wieder verkauft werden.

Bei Fragen zum Thema können sich Bürgerinnen und Bürger unter der Telefonnummer 2 33-9 62 00 an das Infocenter des AWM wenden.

Fit durch den Winter mit dem Radl-Sicherheitscheck

(3.2.2012) Am 7. und 8. Februar macht der Sicherheitscheck der Radlhauptstadt München Halt auf dem Rotkreuzplatz. In der Zeit von 12 bis 17 Uhr können Bürgerinnen und Bürger ihr Radl kostenlos auf Verkehrstauglichkeit überprüfen lassen. Bei den Winterchecks gehen die Rad-Profis besonders auf die Tücken der kalten Jahreszeit ein. Damit Radler trotz Dunkelheit und rutschigem Untergrund sicher auf Münchens Straßen unterwegs sind, liegt das Augenmerk bei den Winterchecks vor allem auf einer korrekten Beleuchtung sowie auf einwandfrei funktionierenden Bremsen. An Fahrrädern, die kleine Mängel aufweisen, führen die Radl-Checker direkt vor Ort Reparaturen durch. Zum Service gehören unter anderem das Nachziehen der Bremsen oder das Einstellen von Dynamos. Darüber hinaus halten die Radl-Checker Ratschläge bereit, wie man beispielsweise sein Fahrrad trotz Nässe und Streusalz gegen Rost schützt, wie man im Winter sicher radelt und wo man größere Reparaturen durchführen lassen kann.

Am 16. und 17. Februar finden weitere Sicherheitschecks am Odeonsplatz statt. Der Ort wird rechtzeitig auf www.radlhauptstadt.de bekannt gegeben.

Vortrag „Identität als Vater Morgana“ – Die Entwicklung der Kunstszene in Zimbabwe

(3.2.2012) Am Mittwoch, 8. Februar, 18.30 Uhr, informiert die Kunsthistorikerin Daniela Roth in der Akademie der Bildenden Künste München (Auditorium Neubau, Akademiestraße 4), in einem Vortrag über die Entwicklung der Kunstszene der letzten 50 Jahre in Zimbabwe, vormals Rhodesien. Der Titel ihres Vortrags lautet „Identität als Vater Morgana“, weil die Kultur in Zimbabwe über Jahrzehnte hinweg stark von paternalistischen Strukturen geprägt war. Der Eintritt ist frei.

Der Vortrag findet im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Kulturreferates der Landeshauptstadt München „Tradition und andere Erfindungen: Zeitgenössische Kunst in Zimbabwe“ statt. Noch bis Mitte März informieren dabei Ausstellungen, Filme, Literarische Performances, Vorträge und Diskussionen sowie Workshops über die aktuellen künstlerischen Entwicklungen in Zimbabwe.

Nähere Informationen zum Vortrag und zur Veranstaltungsreihe unter: www.muenchen.de/veranstaltungstipps.

Führung durch die Ausstellung „Typisch München!“

(3.2.2012) Dr. Isabella Belting, Leiterin der Sammlung Mode und Textilien, geht bei der Schwerpunkt-Führung „Münchener Maschen – Mode und Textilien“ am Mittwoch, 8. Februar, um 16 Uhr im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, besonders auf die Mode und die Textilien in der Ausstellung „Typisch München!“ ein. Unter anderem erzählt eine feuerrote Brandfahne von 1762 von der Zeit, als ein Feuerwehreinsatz noch nicht über Funk lief. Der originale Hausmantel von Ludwig I. widerlegt die Meinung, dass Könige immer gut gekleidet sind. Eine elegante Damenrobe von 1890 bestätigt, dass die Frauen damals nicht viel Luft zum Atmen hatten und die berühmte Jugendstilstickerei von Hermann Obrist verrät, warum aus den „Alpenveilchen“ der „Peitschenhieb“ wurde. Treffpunkt ist im Foyer. Der Museumseintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 6 Euro.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 30. Januar bis 2. Februar

(3.2.2012) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Montag, 30. Januar:

Einsatzzahlen:

Personal: 234 Fahrzeuge: 160

Streuguteinsatz:

Salz: 72,29 t Splitt: 104,75 t

Kosten des Einsatztages: 135.609,46 Euro

Dienstag, 31. Januar:

Einsatzzahlen:

Personal: 181 Fahrzeuge: 123

Streuguteinsatz:

Salz: 34,57 t Splitt: 61,6 t

Kosten des Einsatztages: 108.359,67 Euro

Mittwoch, 1. Februar:

Einsatzzahlen:

Personal: 179 Fahrzeuge: 117

Streuguteinsatz:

Salz: 5,69 t Splitt: 48,35 t

Kosten des Einsatztages: 105.328,16 Euro

Donnerstag, 2. Februar:

Einsatzzahlen:

Personal: 200 Fahrzeuge: 130

Streuguteinsatz:

Salz: 4,61 t Splitt: 74,55 t

Kosten des Einsatztages: 110.353,30 Euro



Bisherige Bereitschaftstage: 9

Bisherige Einsatztage: 85

Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2011/2012: 8.019.619,80 Euro

.

Referat für Stadtplanung und Bauordnung in eigener Sache

Ausbesserungswerk Neuaubing

(3.2.2012) Zur Pressemitteilung des Landesbundes für Vogelschutz e.V. vom 2. Februar nimmt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt Stellung. Dem Schutz der Natur wird in den Planungen und Genehmigungen des Referats stets ein hohes Gewicht eingeräumt. Die Baugenehmigung für eine Erschließungsstraße in das ehemalige Ausbesserungswerk Neuaubing ist nach Auffassung des Referats rechtmäßig.

Das in der Pressemitteilung des Landesbundes für Vogelschutz e.V. (LBV) erwähnte Rechtsgutachten zur Rechtmäßigkeit der Baugenehmigung für eine Erschließungsstraße in das ehemalige Ausbesserungswerk Neuaubing liegt dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung seit Mitte des Jahres 2011 vor. Das Referat bedauert außerordentlich, dass die Prüfung des Gutachtens längere Zeit in Anspruch genommen hat. Aus diesem Grund wurde der 1. Vorsitzenden des Landesbundes für Vogelschutz e.V., Dr. Irene Frey-Mann, im Dezember 2011 ein Schreiben der Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk zugesandt, in dem eine Stellungnahme bis Ende Januar 2012 zugesagt wurde.

Dem Geschäftsführer des Landesbundes für Vogelschutz e.V., Dr. Heinz Sedlmeier, wurde diese Stellungnahme am 2. Februar 2012 persönlich übergeben.

Die Haltung der Landeshauptstadt München ist dem LBV somit seit 2. Februar bekannt: Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung ist weiterhin von der Rechtmäßigkeit der erteilten Baugenehmigung überzeugt.

Gerne erhält das Referat für Stadtplanung und Bauordnung sein Angebot aufrecht, der 1. Vorsitzenden des LBV, Dr. Frey-Mann, und dem Geschäftsführer des LBV, Dr. Sedlmeier, die Haltung der Landeshauptstadt München im persönlichen Gespräch bei der Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Merk zu erläutern. Hierzu bindet das Referat die Rechtsaufsichtsbehörde der Regierung von Oberbayern gerne mit ein.

Die in der Pressemitteilung des LBV erwähnten Missstände wurden bereits aufgegriffen und soweit als möglich am gestrigen Tage entfernt.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 2. Februar 2012

Großer CO₂-Ausstoß auf dem Weg nach Unterföhring?

Antrag Stadträte Robert Brannekämper und Marian Offman (CSU) vom 13.7.2011

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO des Stadtrates dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Der Inhalt des Antrages betrifft jedoch das Verfahren bei der Erteilung von verkehrlichen Anordnungen für Lichtsignalanlagen und damit eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt.

Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

In Ihrem Antragsschreiben vom 13.07.2011 begründen Sie Ihre Nachfragen damit, dass Bürgerinnen und Bürger berichteten, sie stünden auf der Strecke der Oberföhringer Straße ständig im Stau, weil die Ampelanlagen vom Max-Weber-Platz bis nach Unterföhring ständig auf Rot geschaltet seien, wenn sie dort ankommen. Auf einer Strecke von 5 km hielten die Fahrzeuge jedes mal an jeder der 25 Ampeln. Man fahre zum Teil auf eine Ampel in Sichtweite zu und die schalte auf Rot bis man vor Ort sei. Hinsichtlich der Schadstoffbelastung eine sehr belastende Situation. Zudem würden seit zehn Jahren auf dieser Strecke zeitgleich an mehreren Stellen immer neue Baustellen errichtet und somit der Verkehr dort zusätzlich behindert.

Zu den einzelnen Fragen kann Ihnen das Kreisverwaltungsreferat folgendes mitteilen:

Frage 1:

Warum sind die Ampeln von Max-Weber-Platz bis nach Unterföhring so geschaltet, dass ein Stopp vor fast jeder der 25 Ampeln unausweichlich ist?

Antwort:

Das Kreisverwaltungsreferat bietet auf der Internetseite http://www.muenchen.de/Rathaus/kvr/strverkehr/verkehrssteuerung/gruene_wellen/index.html reichhaltige und ausführliche Erläuterungen zu grundsätzlichen Fragestellungen zum Themenkomplex „Grüne Welle“ an.

Hier wird erklärt, warum eine Grüne Welle in der Regel nur für eine Fahrtrichtung funktionieren kann und deshalb Fahrzeuge die gewissermaßen antizyklisch fahren häufig das Nachsehen haben. Auch wird erläutert, dass „Grüne Wellen“ nur bis zu einem gewissen Auslastungsgrad des jeweiligen Streckenzuges funktionieren können und welchen Einfluss ÖPNV-Fahrzeuge in München auf die Funktionalität einer „Grünen Welle“ haben.

Vom Max-Weber-Platz beginnend über Ismaninger Straße – Herkomerplatz – Oberföhringer Straße bis zur Stadtgrenze befinden sich insgesamt 14 Lichtzeichenanlagen (LZA) im Zuständigkeitsbereich der Landeshauptstadt München.

Innerhalb des Mittleren Rings sind in der Ismaninger Straße alle der sechs LZA ÖPNV priorisiert. Wie im Bild 1 (Morgensituation) und Bild 2 (Abendsituation) zu sehen, gibt es für den motorisierten Individualverkehr (MIV) in der Ismaninger Straße eine Koordinierung. Anhand der rosa-gestrichelten Hilfslinie ist der Fahrtverlauf eines Fahrzeuges vom Max-Weber-Platz in Richtung Herkomerplatz zu sehen, welches sich durch die Grün-Bänder bewegt. In der Gegenrichtung (siehe rosa Hilfslinie) kann sich nur ein kleiner Teil des Fahrzeugpulses ungehindert durch das Grün-Band bewegen.

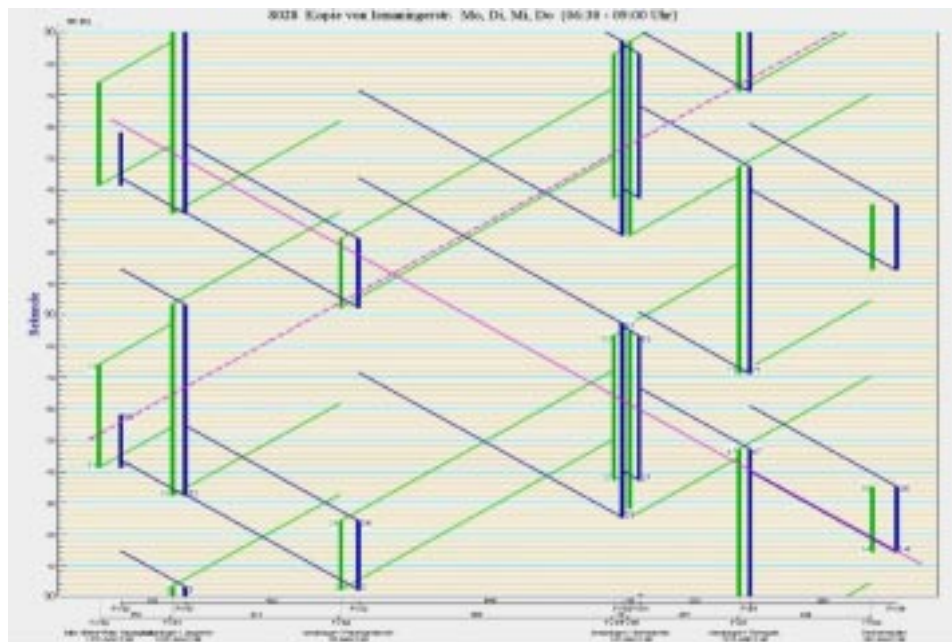


Bild 1: Ist Zustand Koordination der LZAs in der Ismaninger Straße zur morgendlichen Hauptverkehrszeit (06:30 – 09:00 Uhr)

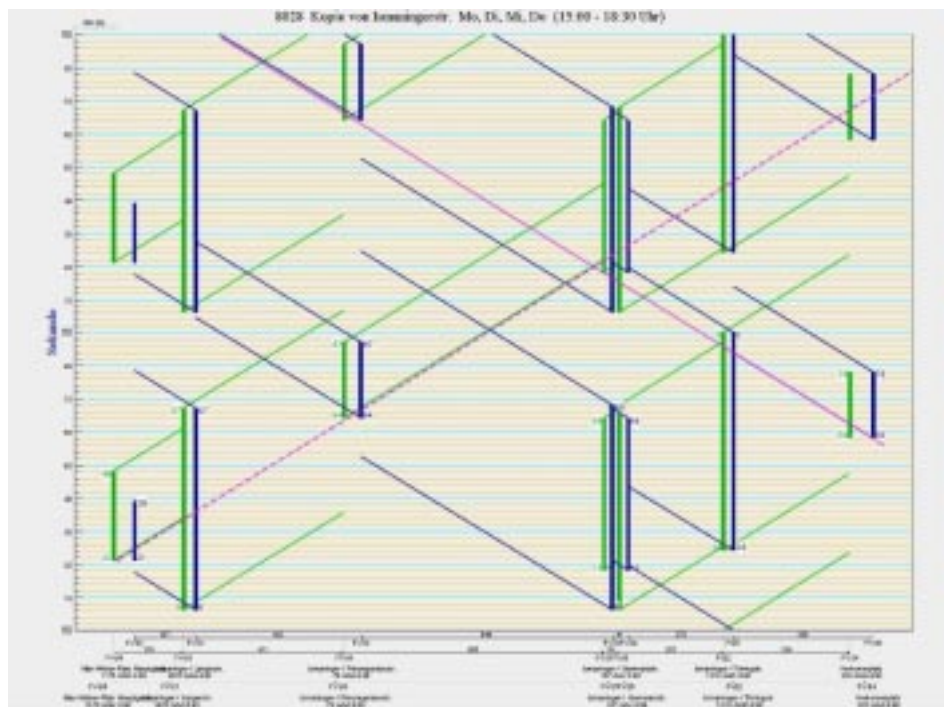


Bild 2: Ist Zustand Koordination der LZAs in der Ismaninger Straße nachmittags/abends (15:30 – 18:00 Uhr)

Die verkehrsabhängige und vor allem den ÖPNV bevorrechtigende Schaltung am Knotenpunkt selbst, bringt punktuell betrachtet Vorteile, führt aber bei Betrachtung der Grünen Welle zu Störungen.

Entlang der Oberföhringer Straße befinden sich acht weitere LZAs. Diese werden nahezu alle in der Betriebsfunktion „Anforderung unkoordiniert“ betrieben. Der Verkehr in der Hauptrichtung wird immer dann sofort unterbrochen, wenn ein Fußgänger oder die Nebenrichtung anfordert. Bis zur nächsten möglichen Folgeanforderung wird jedoch eine feste Grünzeit für den Fahrverkehr geschaltet. Das Kreisverwaltungsreferat hat sich hier für diese Betriebsfunktion entschieden, da das Sicherheitsbedürfnis der schwächsten Verkehrsteilnehmer als höherrangiges Gut anzusehen ist, als der Komfortgewinn, der sich für Kraftfahrer ergeben würde. Ohne Queungsbedarf für Fußgänger bzw. ohne Anforderung ausfahrender Fahrzeuge haben diese LZAs Dauergrün für die Oberföhringer Straße.

Außerhalb des Stadtgebietes befinden sich drei bis fünf weitere LZAs in unmittelbarer Nähe, welche aber im Verantwortungsbereich des Staatlichen Bauamtes Freising liegen.

Bei vielfacher Befahrung des Streckenabschnittes, konnten verschiedenste Störgrößen für eine Koordinierung festgestellt werden. So bieten die historisch gewachsenen Straßen nur einen Fahrstreifen je Richtung und nur in den wenigsten Abschnitten einen Radweg. Linksabbieger, Parksuchverkehr, Buskaps und vorausfahrende Straßenbahnen tragen dazu bei, dass der Verkehrsfluss immer wieder gestört wird.

Als überörtliche Verbindungsstraße auf dem Weg von und nach Unterföhring ist die Effnerstraße vorgesehen. Die Effnerstraße wird dieser Aufgabe durch einen zweistreifigen Ausbau je Fahrtrichtung und wenigen LZAs gerecht. Nach Beendigung der Bauarbeiten am Effnerplatz ist dieser Weg auch nicht mehr beeinträchtigt.

Frage 2:

Ist den Verantwortlichen gegenwärtig, dass das ständige Abbremsen und Neustarten auf dieser Strecke von über 5 km zu einer maximalen Schadstoffausschüttung führt?

Antwort:

Dem Kreisverwaltungsreferat ist bewusst, dass neben allen stationären Anwendungen auch der Energieverbrauch des Sektors Verkehr Einsparpotenziale aufweist. Ein Optimierungsprogramm für die „Grünen Wellen“ soll

in den kommenden Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der Energieverbräuche und der CO₂-Emissionen für den motorisierten Straßenverkehr leisten. Allerdings können die Emissionen im Straßenverkehr nur teilweise durch örtliche Verkehrsregelung beeinflusst werden und der gesamte Sektor Verkehr kann wiederum nur einen Teil zur Reduzierung der Schadstoffe beitragen.

Frage 3:

Ist die zusätzliche Schadstoffbelastung im Vergleich zu der Situation einer „Grünen Welle“ darstellbar?

Antwort:

Inwieweit sich die Luftschadstoffsituation in den betrachteten Streckenabschnitten verbessert, könnte nur mit entsprechenden Verkehrs- und Immissionsmodellen abgeschätzt werden, welche wir jedoch noch nicht für ausreichend zuverlässig erachten. Das Kreisverwaltungsreferat untersucht aber im Rahmen der derzeit laufenden Optimierung von „Grünen Wellen“, welche Einsparungen von CO₂ möglich sind. Dabei wird der Reduzierungseffekt für Luftschadstoffe über die mittels der Befahrungen aufgezeichneten Fahrtverläufe berechnet. Mit ersten Ergebnissen rechnen wir im Februar 2012.

Frage 4:

Welche konkreten Hinderungsgründe bestanden bislang, auf dieser extrem befahrenen Strecke eine grüne Welle-Schaltung zu installieren?

Antwort:

Um dem Umweltschutzgedanken von verschiedenen Seiten her gerecht zu werden, befasst sich das Kreisverwaltungsreferat aktuell mit Untersuchungen zum Thema „Grüne Wellen“, beteiligt sich an Forschungsvorhaben für neue Steuerungsverfahren für „Grüne Wellen“ und erarbeitet seit geraumer Zeit eine Prioritätenliste zur Verbesserung der „Grünen Wellen“ im Münchener Straßennetz.

Für die Überprüfung und Optimierung der Qualität jeder einzelnen Grünen Welle müssen umfangreiche Erhebungen mittels Pkw-Befahrungen durchgeführt und die gewonnenen Daten ausgewertet werden. Ziel ist es, bis 2014 alle Straßenzüge mit Grünen Wellen und mögliche weitere Streckenabschnitte systematisch zu untersuchen und unter Berücksichtigung der Belange des ÖPNV sowie des Fuß- und Radverkehrs zu optimieren. Dabei

werden zunächst die koordinierten Strecken des Hauptstraßennetzes mit hoher Verkehrsbelastung prioritär betrachtet.

Nach erfolgreicher Optimierung des Altstadtrings 2010 folgen dieses Jahr weitere Haupteinfallstraßen. Durch sogenannte Koordinierungspunkte muss die Planung der Grünen Wellen sternförmig wie das Hauptstraßennetz vom Stadtzentrum an den Stadtrand geplant werden. Hier haben Prinzregenten- und Einsteinstraße eine höhere Priorität als die hier „anzuhängende“ Ismaninger- und im weiteren Verlauf die Oberföhringer Straße.

Frage 5:

Wie viele Fahrzeuge befahren die Strecke täglich?

Antwort:

Laut Verkehrsmengenkarte des Planungsreferates Stand April 2010, befahren im Jahr 2009 etwa 13-15 Tausend Kfz in 24h und beide Richtungen die Oberföhringer Straße an einem Werktag. In der Ismaninger Straße wurden im gleichen Zeitraum 13-14 Tausend Kfz je 24h und beide Richtungen gezählt.

Frage 6:

Hat die Unterlassung der Realisierung einer umweltfreundlichen Ampelschaltung etwas mit der Zielsetzung zu tun, möglichst vielen Autofahrern den Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu erleichtern?

Antwort:

Die Landeshauptstadt München hat sich im Verkehrs- und Mobilitätsmanagementplan (VMP) zum Ziel gesetzt, durch aufeinander abgestimmte Steuerungsstrategien emissionsintensive Halte- und Anfahrvorgänge des Kfz-Verkehrs zu verringern und gleichzeitig die Verkehre des Umweltverbunds (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr) zu fördern. Im Vordergrund steht dabei die Attraktivitätssteigerung öffentlicher Verkehrsmittel, insbesondere durch Harmonisierung der Fahrtverläufe bei gleichzeitiger Erhöhung der Reisegeschwindigkeit und der Pünktlichkeit. In der LH München ist eine Beschleunigung mit guter Bevorrechtigung des ÖPNV realisiert.

Und dennoch wurde im Verkehrs- und Mobilitätsmanagementplan (1. Fortschreibung 2010) festgelegt, dass neben der Optimierung des Verkehrsflusses beim ÖPNV auch die Verkehre des MIV (u.a. der hohe Anteil an Wirtschaftsverkehr) zusätzlich verflüssigt bzw. verstetigt werden sollen. In der Praxis erfolgt dies durch die Koordinierung der Freigabezeiten von aufeinander folgenden LZAs zu einer Grünen Welle.



Abschließend dürfen wir die Stellungnahme der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) vom 22.09.2011 zitieren:

„Die Realisierung der im Antrag als umweltfreundlich dargestellten Ampelschaltung berücksichtigt leider nicht alle Annahmen. So wird unter Punkt 3 die Darstellung der Schadstoffmehrbelastung des Status Quo im Vergleich zu einer ‚Grünen Welle‘ gefordert. Dabei fehlt aber der Vergleich zu welcher Schadstoffmehrbelastung die Zunahme des Individualverkehrs durch eine durchgängig grüne Ampelschaltung führen würde. Eine ‚Grüne Welle‘ ist nicht wie propagiert per se umweltfreundlich.“

Wir bitten von o.g. Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit als erledigt gelten kann.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 3. Februar 2012

Zweckentfremdungsverbot in Bayern erhalten

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Reinhard Bauer, Oliver Belik, Ulrike Boesser, Andreas Lotte, Bettina Messinger, Christian Müller, Heide Rieke, Regina Salzman, Irene Schmitt und Beatrix Zurek (SPD)

Temporäre Kindertagesbetreuungseinrichtungen in Modulbauweise

Antrag Stadtrats-Mitglieder Josef Schmid und Mechthilde Wittmann (CSU)

Bessere Versorgung durch stationäre Nahversorgungskonzepte

Antrag Stadtrat Georg Schlagbauer (CSU)

Existenzgründungen von Migrantinnen und Migranten unterstützen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Integration von Anfang an – Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund im Kindergarten erhöhen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus

03.02.2012

Zweckentfremdungsverbot in Bayern erhalten

Antrag:

Die Landeshauptstadt München fordert den Bayerischen Landtag auf, die Verlängerung des bis 2013 befristeten Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZwEWG) zu beschließen.

Begründung:

In der Landeshauptstadt München ist die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet. Das Wegfallen des Zweckentfremdungsverbots hätte für den Wohnungsmarkt in München fatale Folgen. Nach Satzung darf in der Landeshauptstadt München Wohnraum nur mit einer Zweckentfremdungsgenehmigung zu anderen als Wohnzwecken genutzt werden.

Das Gesetz über die Zweckentfremdung von Wohnraum (ZwEWG) ist befristet bis zum 30.6.2013. Das ZwEWG ist in Zusammenhang mit Artikel 23 GO Rechtsgrundlage für die von der Landeshauptstadt München erlassene Zweckentfremdungssatzung. Die Zweckentfremdungssatzung der Landeshauptstadt München ist bis zum 31.12.2013 befristet. Eine Neuverabschiedung der Zweckentfremdungssatzung über den 31.12.2013 hinaus ist aber ohne den vorausgegangenen Gesetzesbeschluss über die Fortführung des ZwEWG nicht möglich.

gez.
Andreas Lotte
Beatrix Zurek
Irene Schmitt
Ulrike Boesser
Regina Salzmann
Heide Rieke
Oliver Belik

Christian Müller
Dr. Reinhard Bauer
Bettina Messinger

Stadtratsmitglieder



Josef Schmid

Mechthilde Wittmann

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
03.02.12

Temporäre Kindertagesbetreuungseinrichtungen in Modulbauweise

Die Stadtverwaltung prüft, ob die Errichtung von Kindertagesbetreuungseinrichtungen in flexibler Modulbauweise für örtlich und zeitlich begrenzte Bedarfe, sinnvoll und machbar ist.

Begründung:

Derzeit ist der Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Altersgruppen noch nicht gedeckt und es müssen noch viele Kitas errichtet werden.

Es gibt aber bereits jetzt sog. Bedarfsspitzen, in denen es für einen gewissen Zeitraum eine örtlich besonders hohe Nachfrage nach Kitas gibt und dieser Bedarf sich nach einem überschaubaren Zeitraum dann wieder erheblich reduziert.

Es erscheint sinnvoll, für diese Zeitspanne von etwa 15 – 20 Jahren nicht ein Gebäude zu errichten, für das eine Lebensdauer von 80 Jahren kalkuliert wird. Vielmehr würde sich ein Gebäude anbieten, das nach Ablauf der kalkulierten Nutzungszeit demontiert und an einem neuen Standort mit hohem Nutzungsbedarf neu errichtet wird. Insofern würde sich der Aufwand zur Planung von Konstruktionen in flexibler Modulbauweise als sinnvoll erweisen, zumal diese auch erweiterbar und ergänzbar sein könnten.

Gerade für die Zukunft, wenn die Bedarfe in München grundsätzlich gedeckt sind könnte dieses Modell für Bedarfsspitzen z. B. bei Neubau- oder Verdichtungsgebieten, eine sinnvolle Lösung sein.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Mechthilde Wittmann, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende



Georg Schlagbauer

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
03.02.12

Bessere Versorgung durch stationäre Nahversorgungskonzepte

Der Stadtrat möge beschließen:

Die in diversen Kommunen Deutschlands umgesetzten und in der Praxis bereits bewährten Nahversorgungskonzepte werden in einer Gesamtdarstellung aufgezeigt und als mögliche Alternativen für unterversorgte Gebiete der Landeshauptstadt München auf ihre Relevanz hin untersucht.

Begründung:

Mit Datum vom 6.09.2011 habe ich in einem Stadtratsantrag die Forderung erhoben, das Referat für Arbeit und Wirtschaft zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Verbänden ein Modell auszuloten, wie mittelständische Einzelhändler alleine oder in Kooperation mit anderen eine kleinteilige Lebensmittelversorgung sicherstellen können.

Eine Zusammenstellung ausgewählter stationärer Nahversorgungskonzepte dürfte einen wertvollen Beitrag liefern, o.a. Aufgabenstellung einen Schritt näher zu kommen. Folgende, beispielhaft erwähnte Projekte könnten in diesem Zusammenhang näher beleuchtet werden:

- DORV-Zentrum
- Dorfladen Ottersen
- WIR machen das selbst
- Ihr Kaufmann
- Um's Eck – Mein Kauftreff
- „Lädchen für alles“
- MarktTreff
- KOMM-In Märkte

Bei der Darstellung der Zweckmäßigkeit der unterschiedlichen Modelle sollte beachtet werden, dass die beiden Wirtschaftskammern in ihrer Stellungnahme zu meinem Antrag gefordert haben, dass bei den „als unterversorgt festgestellten Gebieten die Strukturen dahingehend untersucht werden, inwieweit diese ursächlich für die Unterversorgung des in Frage stehenden Gebietes sind und inwieweit planungsrechtliche Ursachen für diese Fehlentwicklung verantwortlich sind. Falls es nicht mehr möglich ist, die festgestellten Defizite durch eine Überarbeitung des städtischen Planungsrechts zu korrigieren und nur für diesen Fall, kann in einem nächsten Schritt überlegt werden, welche Maßnahmen geeignet sein könnten, die konstatierte Unterversorgung zu beheben“.

Georg Schlagbauer, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 03.02.2012

Antrag

Der Stadtrat möge beschließen:

Existenzgründungen von Migrantinnen und Migranten unterstützen!

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird beauftragt, in Kooperation mit der Stelle für interkulturelle Arbeit und den Kammern auf Migrantinnen und Migranten zugeschnittene Formen der Existenzgründungsberatung zu entwickeln und den Stadtrat darüber zu informieren.

Begründung:

Laut Prognosen des Deutschen Industrie und Handelskammertages (DIHK) wird das Gründungsinteresse von Migrantinnen und Migranten im Jahr 2012 weiter zunehmen. „Wir rechnen damit, dass Existenzgründer mit Migrationshintergrund bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze schaffen“, äußerte DIHK-Migrationsexperte Marc Evers gegenüber der Frankfurter Rundschau (13.01.2012).

Außerdem wurde Ende 2011 eine vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie¹ veröffentlicht, in der auch ein deutlicher Anstieg von Unternehmensgründungen von Personen mit Migrationshintergrund festgestellt wurde.² Zwischen 2005 und 2009 hat sich die Anzahl der pro Jahr von MigrantInnen gegründeten Unternehmen um ein Viertel auf 130.000 Betriebe erhöht, was ca. 30 % aller Existenzgründungen entspricht. "Im Jahr 2009 sind Ausländer mehr als dreimal so gründungsfreudig wie Deutsche", heißt es in der Studie (S. 49). Jedoch sei das Gründungsgeschehen durch eine „hohe Fluktuation und eingeschränkte Nachhaltigkeit“ geprägt (S.3). Zur Erhöhung der Nachhaltigkeit sei besonders eine effektive Beratung notwendig. Die „noch weit verbreitende Unwissenheit über das Angebot qualifizierter Beratungsangebote“ (S.10) sei ein Problem. Deshalb sei „eine bessere Einbindung in bestehende allgemeine Beratungsangebote“ (ebd.) anzustreben. Die Studie nennt hierbei als Mittel dazu „die Integration interkultureller Kompetenzen und Ansätze in die Beratungspraxis“ (ebd.) und spricht ganz allgemein von der „Notwendigkeit eines effektiven Vielfaltmanagements (diversity management)“ (S. 4). Empfohlen wird eine „stärkere Sensibilisierung und Aufklärung der Akteure der Gründungsförderung zum Potential und zur Praxis der Gründungsaktivitäten durch Personen mit Migrationshintergrund“ (S.11). Für die stärkere Nutzung der allgemeinen Angebote der Gründungsförderung und –beratung seien „die Bekanntheit der

¹ Siehe Pressemitteilung vom 29.12.2011:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/mittelstand.did=463568.html>

² Diese Studie „Unternehmensgründungen von Migranten und Migrantinnen“ findet man unter:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen.did=462820.html>

entsprechenden Einrichtungen zu steigern und der Zugang für diese Zielgruppe zu erleichtern. Hierzu sollte ein interkulturelles Marketing von Förderinstitutionen und -programmen angestrebt werden.“ (ebd.).

Auch der Münchner Interkulturelle Integrationsbericht 2010³ stellte fest, dass die Zahl von Gewerbeanmeldungen durch MigrantInnen steigt, obwohl die Gesamtzahl der Neugründungen gesunken ist (S.11 und S.126). Jedoch scheitert ein besonders hoher Anteil schon im ersten Jahr. Beratungsangebote werden noch zu selten genutzt.

Deshalb wird empfohlen, in bestehenden Einrichtungen wie dem Münchner Existenzgründungs-Büro (einer Kooperation der Landeshauptstadt München, Referat für Arbeit und Wirtschaft und der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern) migrationssensible Formen der Existenzgründungsberatung zu implementieren (vgl. S. 129 des Münchner Interkulturellen Integrationsberichts).

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Dr. Florian Roth

Gülseren Demirel

Siegfried Benker

Mitglieder im Stadtrat

³ http://www.muenchen.de/media/lhm/_de/rubriken/Rathaus/soz/wohnenmigration/interkulti/download_integrationsbericht/integrationsbericht_pdf.pdf

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 03.02.2012

Antrag

Der Stadtrat möge beschließen:

Integration von Anfang an – Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund im Kindergarten erhöhen

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, die bei ihrer Einschulung drei Jahre lang den Kindergarten besucht haben ist geringer als bei Kindern aus deutschen Familien. Das Referat für Bildung und Sport/KITA wird beauftragt, zusammen mit der Stelle für interkulturelle Arbeit, Maßnahmen zu konzipieren, die dazu geeignet sind, den Anteil dieser Kinder zu erhöhen, und diese dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Der Kindergartenbesuch ist gerade für Kinder aus Familien mit nichtdeutscher Familiensprache ein wichtiger Grundstein für einen erfolgreichen Bildungsweg.

Auch im gerade veröffentlichten Zweiten Integrationsindikatorenbericht der Bundesregierung¹ wurde wieder betont, dass die „Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung [...] einen überaus positiven Einfluss auf die Sprachentwicklung“ hat (S.150).

Jedoch zeige sich, „dass für drei- bis fünfjährige Kinder mit Migrationshintergrund seltener eine Tagesbetreuung in Anspruch genommen wird als für Kinder ohne Migrationshintergrund“ (ebd.). Die Quote liege bei 85,7 % gegenüber 95 % bei Kindern ohne Migrationshintergrund (S. 32)

Auch dem Münchner Interkulturellen Integrationsbericht 2010² zufolge liegt zum Zeitpunkt des Schuleintritts der Anteil der Kinder, die drei Jahre eine Kindertageseinrichtung besucht haben, bei Eltern deutscher Muttersprache bei 84,6 %, bei Eltern nichtdeutscher Muttersprache jedoch nur bei 69,1 %.

Vor diesem Hintergrund sollten Maßnahmen etwa im Bereich zielgruppenspezifischer Öffentlichkeitsarbeit entwickelt werden, um diesen Anteil zu erhöhen.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Dr. Florian Roth
Mitglieder im Stadtrat

Gülseren Demirel

Siegfried Benker

¹ http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2012/01/2012-01-12-integrationsbericht.pdf?__blob=publicationFile, S. 150

² http://www.muenchen.de/media/lhm/_de/rubriken/Rathaus/soz/wohnenmigration/interkulti/download_integrationsbericht/integrationsbericht_pdf.pdf